

Die Welt, 24.02.2010

In Ostdeutschland stehen eine Million Wohnungen leer

LEIPZIG - Der Wohnungsleerstand bleibt in Ostdeutschland nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW auch in Zukunft ein gravierendes Problem. Noch immer stünden in den neuen Ländern eine Million Wohnungen leer, sagte der Präsident des Verbandes, Lutz Freitag, am Rande eines Kongresses in Leipzig. Diese Zahl könne sich in den nächsten Jahren wegen der Überalterung der Bevölkerung noch erhöhen, sagte er. Von der Bundesregierung verlangte der Verbandschef in diesem Zusammenhang eine Entlastung der Wohnungsunternehmen von ihren Altschulden.

Dafür sei im Bundeshaushalt bisher noch kein Geld vorgesehen. Insgesamt belaufen sich die Altschulden aus DDR-Zeiten nach Angaben Freitags noch auf 800 Mio. Euro. „Die Verbände fordern die Politik auf, für die Entlastung von den Altschulden der ab 2010 bis 2016 abzureißenden Wohnungen ausreichende Haushaltsmittel bereitzustellen“, sagte Freitag. In diesem Zeitraum müssten 200 000 Wohnungen zurückgebaut werden. Dafür müssten die Unternehmen ihre Altschulden loswerden. „Es geht hier um die Zukunft der Städte. Wenn wir nichts tun, haben wir bis 2020 fast 1,5 Millionen leerstehende Wohnungen“, betonte der Beauftragte des GdW für die neuen Länder, Ronald Meißner. ddp

Ostdeutschland

Wohnungsleerstand bleibt gravierendes Problem

MDR

Der Wohnungsleerstand bleibt in vielen ostdeutschen Städten ein gravierendes Problem. Wie Lutz Freitag, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) am Dienstag während eines Kongresses in Leipzig sagte, stehen in den neuen Ländern rund eine Million Wohnungen leer. Wegen der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung werde sich diese Zahl in den kommenden Jahren sogar noch erhöhen. Die Unternehmen stünden daher vor der Aufgabe, bis 2016 weitere 200.000 Wohnungen abzureisen.



In Ostdeutschland stehen rund eine Million Wohnungen leer - das Problem droht noch größer zu werden

Wohnungsunternehmen für Entlastung von Altschulden

Freitag forderte die Bundesregierung und die Länder auf, die Wohnungsunternehmen von Altschulden aus DDR-Zeiten im Umfang von 800 Millionen Euro zu befreien. "Es ist niemandem zu erklären, warum er Wohnungen abreißen und auf den Schulden sitzenbleiben sollte", so Freitag. "Es geht hier um die Zukunft der Städte", ergänzte Ronald Meißner, der Beauftragte des GdW für die neuen Länder. Wenn nichts unternommen werde, dann erhöhe sich der Leerstand bis 2020 auf fast 1,5 Millionen Wohnungen. Bund und Länder sollten von 2010 bis 2016 in ihren Haushalten deshalb jährlich mindestens 260 Millionen Euro für die Stadtumbauförderung zur Verfügung stellen, sagte Meißner.

"Die ostdeutschen Städte waren noch nie so schön wie heute."

Lutz Freitag, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Kritik an privaten Wohnungsunternehmen

Scharfe Kritik richtete der GdW zudem an die privaten Hausbesitzer und deren Verband Haus und Grund. Abgerissen - und damit Vermögen aufgegeben - hätten bislang nur die Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen. Die privaten Hausbesitzer hätten sich dagegen nicht am Stadtumbau Ost beteiligt, stellte GdW-Präsident Freitag fest.

Zuletzt aktualisiert: 23. Februar 2010, 14:52 Uhr

Frühere Meldungen

16. Dezember 2009

Abrissbirne im Märchenland

16. April 2009

Abrisswahn in Chemnitz?

23. Januar 2009

Leere Platte: Rückbau, Abriss, Verkauf?

© 2010 MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Url: http://www.focus.de/immobilien/wohnen/ostdeutschland-eine-million-wohnungen-stehen-leer_aid_483520.html

23.02.2010, 17:14

Ostdeutschland

Eine Million Wohnungen stehen leer

Die steigenden Leerstände ostdeutscher Wohnungen bereiten Immobilienfirmen Kopfzerbrechen. Sie bleiben auf ihren Schulden sitzen. Jetzt soll Vater Staat einspringen.

Der Wohnungsleerstand bleibt in Ostdeutschland nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) auch in Zukunft ein gravierendes Problem. Noch immer stünden in den neuen Ländern eine Million Wohnungen leer, sagte der Präsident des Verbandes, Lutz Freitag, am Rande eines GdW-Stadtumbaukongresses am Dienstag in Leipzig. Diese Zahl könne sich in den nächsten Jahren wegen der Überalterung der Bevölkerung noch erhöhen, sagte er. Von der Bundesregierung verlangte der Verbandschef in diesem Zusammenhang eine Entlastung der Wohnungsunternehmen von ihren Altschulden.



Aufgrund des demografischen Wandels rechnen ostdeutsche Immobilienfirmen mit wachsenden Leerständen

Colourbox

Dafür sei im Bundeshaushalt bisher noch kein Geld vorgesehen. Insgesamt belaufen sich die Altschulden aus DDR-Zeiten nach Angaben Freitags auf 800 Millionen Euro. „Die Verbände fordern die Politik auf, für die Entlastung von den Altschulden der ab 2010 bis 2016 abzureißenden Wohnungen ausreichende Haushaltsmittel bereit zu stellen“, sagte Freitag. In diesem Zeitraum müssten 200 000 Wohnungen zurückgebaut werden. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, müssten die Wohnungsunternehmen ihre Altschulden loswerden.

GdW verlangt 260 Millionen Euro für Stadtumbauförderung

„Es geht hier um die Zukunft der Städte. Wenn wir nichts tun, haben wir bis 2020 fast 1,5 Millionen leerstehende Wohnungen“, betonte der Beauftragte des GdW für die neuen Länder, Ronald Meißner. Bund und neue Länder müssten in ihren Haushalten 2010 bis 2016 jährlich mindestens 260 Millionen Euro für die Stadtumbauförderung zur Verfügung stellen.

Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost, das Ende 2009 ausgelaufen ist, hatten die kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach den Worten Freitags 250 000 Wohnungen abreißen lassen. Dies sei wegen der starken Bevölkerungsabwanderung in den Westen notwendig gewesen. Künftig sei der Bevölkerungsschwund im Osten, der Freitag zufolge bis 2060 doppelt so hoch wie in Westdeutschland sein wird, das größere Problem. „Die allgemeine demografische Entwicklung findet hier im Zeitraffer statt“, sagte Freitag. Die Wohnungsunternehmen müssten sich deshalb noch stärker als bisher dem altersgerechten Wohnen widmen.

Neues Deutschland

24.02.2010 / Wirtschaft/Soziales / Seite 15

Schulden hemmen Abriss

Kommunale Vermieter: DDR-Verbindlichkeiten müssen entfallen

Von Hendrik Lasch, Leipzig

Dass der Stadtumbau Ost fortgesetzt wird, ist beschlossen. In Angriff genommen werden kann er aber nur, wenn die Altschulden gestrichen werden, mahnen Vermieter.



Stadtumbau Ost –
Plattenbauabriss auch in
Magdeburg
Foto: dpa

Die zweite Welle kommt ins Rollen: In Ostdeutschland steigt der Leerstand wieder. Eine Viertelmillion Wohnungen, die aufgrund von Abwanderung und Neubau auf der grünen Wiese keine Mieter hatten, wurde seit 2002 abgerissen. Nur dank dieser Marktberreinigung »ist der Leerstand nicht höher geworden«, sagt Lutz Freitag, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW). Jetzt steht noch eine Million Wohnungen leer. Geburtenknick und die Alterung der Bevölkerung lassen das Überangebot wieder wachsen. Um den Markt stabil zu halten, müssen bis 2016 noch 200 000 Wohnungen abgerissen werden.

Der GdW indes sieht schwerwiegende Hindernisse. Zwar hat der Bundestag das Programm »Stadtumbau Ost«, laut Freitag eine große Erfolgsgeschichte, verlängert und zumindest für 2010 auch 105 Millionen Euro Bundesanteil bereitgestellt. Nicht geklärt ist jedoch die Frage, wie mit den Altschulden ostdeutscher Vermieter umgegangen wird, die diesen nach Ende der DDR zugeordnet wurden. Der GdW verlangt einen Erlass der Schulden für diejenigen Bestände, die vom Markt genommen werden. Es sei »keinem zu erklären, warum die Wohnungen abgerissen werden, aber die Schulden bleiben«, sagte Freitag gestern bei einem Kongress in Leipzig: »Wenn das nicht gelöst wird, ist der weitere Stadtumbau nicht zu realisieren.«

Die Forderung richtet sich an die Bundesregierung. Sie hat bislang 1,1 Milliarden Euro für den Erlass von Altschulden aufgebracht und müsste erneut 800 Millionen locker machen – »0,1 Hypo-Real-Estate-Einheiten«, wie Freitag in Anspielung auf die milliardenteure Rettung des Immobilienfinanzierers durch den Bund formuliert.

Ob der Bund die nötigen 112 Millionen Euro jährlich bereitstellt, ist offen. Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Bau und Stadtentwicklung, zitierte in einer bemerkenswert inhaltsleeren Rede nur den Koalitionsvertrag, wonach der Stadtumbau nicht an der Altschuldenfrage scheitern dürfe. Er versprach, das Thema »nicht auf die lange Bank zu schieben«. Die Ankündigung, es werde »eine gute Lösung in absehbarer Zeit geben«, ließ viele der 400 Kongressgäste sichtlich unzufrieden.

Dabei sind es vor allem die im GdW organisierten kommunalen Gesellschaften sowie Wohnungsgenossenschaften, die den Stadtumbau vorantreiben: Sie haben 90 Prozent der Abrisse gestemmt. In ihren eigenen Beständen hat sich daher der Leerstand auf 10,1 Prozent reduziert. Auch künftig wollen diese Vermieter beim Stadtumbau vorangehen. Potenzial gibt es: Bei GdW-Mitgliedern stehen 400 000 unsanierte Wohnungen leer. Dennoch müssten aus städtebaulichen Gründen auch teilsanierte Häuser abgerissen werden. Zudem werde verstärkt auf Teilrückbau gesetzt: Häuser werden niedriger und kürzer. Das ist aber teurer, weshalb Bund und Länder den Förderbetrag von jetzt 60 auf 80 Euro je Quadratmeter anheben sollten.

Kein gutes Haar ließ Freitag an privaten Hausbesitzern, die sich kaum am Stadtumbau beteiligten. Es habe Kooperationsangebote in großer Zahl gegeben; der Spitzenverband Haus und Grund sei aber »ein Flohzyklus, der nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln«. Zudem, fügte Freitag spitz an, sei das Stadtumbauprogramm »eines zum Mitmachen, nicht zum Mitnehmen«.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/165760.schulden-hemmen-abriss.html>

Leipziger Volkszeitung



**Wenn ich eine Frage habe, will ich nicht
Tutütüt als Antwort hören.**



Der deutsche Pressesyndikat

24.02.2010, 08:55 Uhr

Home>Leipzig>Citynews>Wohnungsleerstand im Osten steigt
CITYNEWS

Wohnungsleerstand im Osten steigt

Markus Tiedke

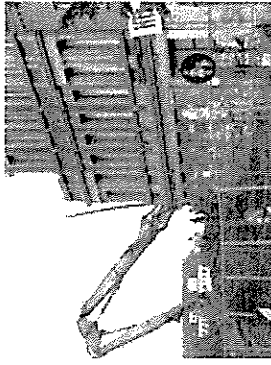


Foto: Volkmar Heinz

Milliarden Euro in die Modernisierung von Wohnungen geflossen.

Leipzig. In Ostdeutschland wird der Wohnungsleerstand nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW weiter ein zentrales Problem bleiben. Zugleich müssten die Unternehmen von den Altschulden entlastet werden.

Vor Vertretern seines Verbandes forderte GdW-Präsident Lutz Freitag am Dienstag in Leipzig die zügige Bereitstellung der zur Fortsetzung des Stadumbaues Ost erforderlichen Mittel durch Bund und Länder. Die Kosten dafür betragen bis 2016 etwa 1,8 Milliarden Euro. In der zweiten Phase des Stadumbaues Ost sollen weitere 200 000 Wohnungen abgerissen werden.

Freitag bewertete die Ende vergangenen Jahres ausgelaufene erste Phase des Programms als vollen Erfolg. Namentlich kommunale Wohnungsunternehmen oder Genossenschaften hätten dabei in Ostdeutschland etwa eine Viertel Million Wohnungen zurückgebaut.

Diese Marktbereinigung habe entscheidend dazu beigetragen, den enormen Leerstand in den Kommunen auf rund zehn Prozent zu begrenzen. Im gleichen Zeitraum seien zudem über zehn

Milliarden Euro in die Modernisierung von Wohnungen geflossen. Diese Erfolge könnten indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer rund eine Million Wohnungen in Ostdeutschland leerstünden, sagte Freitag weiter. Zusätzliche Brisanz erhalte dieser Umstand durch die jüngste Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes. Danach wird die Einwohnerzahl der neuen Bundesländer bis 2060 um 37 Prozent schrumpfen. "Die allgemeine demografische Entwicklung findet hier im Zeitraffer statt", so Freitag. Deshalb müssten weiterhin Wohnungen "vom Markt genommen werden". Heftige Kritik übte der GdW-Chef an privaten Hauseigentümern. Diese hätten bislang trotz gegenteiliger Beteuerungen keinen nennenswerten Beitrag zur Marktbereinigung geleistet.

Als "offene Flanke" erweisen sich nach den Worten Freitags auf den Liegenschaften der Verbandsmitglieder lastende Altschulden von rund 800 Millionen Euro aus DDR-Zeiten. Von den Unternehmen könne nicht erwartet werden, im Dienst der Gesellschaft Bestandswohnungen abzureißen, aber dennoch auf diesen Schulden sitzenzubleiben. Redlicherweise müsse hier der Bund einspringen. In diesem Zusammenhang sagte Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, kurzfristig Unterstützung zu. Die Frage der Altschulden werde "nicht auf die lange Bank geschoben".

Der Stadumbau Ost startete 2002 als Maßnahmenprogramm zur Verbesserung der Wohnsituation in den neuen Ländern. Angesichts drastisch schrumpfender Einwohnerzahlen in den neuen Ländern reduzierten seither vor allem kommunale Wohnungsgesellschaften und genossenschaftlich organisierte Träger ihre Bestände durch Abriss oder Rückbau und erhielten dafür finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder.

Zugleich wurden Wohngebiete durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen aufgewertet. Dafür stellen auch die Kommunen Geld bereit. Allein im Jahr 2009 flossen etwa 120 Millionen Euro an Bundesmitteln in das Programm, eine ähnlich hohe Summe kam aus den Landeshaushalten. Die Fortsetzung des Stadumbaues Ost wurde im Juni 2009 vom Bundestag beschlossen und ist auch im aktuellen Koalitionsvertrag festgeschrieben.

© LVZ-Online, 23.02.2010, 22:53 Uhr

Social Bookmarks:



[Home](#) - [Regional](#) - [Leipzig](#) - Kein Stadtumbau Ost ohne Altschulden-Entlastung

Kein Stadtumbau Ost ohne Altschulden-Entlastung

DIENSTAG, 23. FEBRUAR 2010, 10:45 UHR

Leipzig (dpa) - Der Erfolg des weiteren Stadtumbaus Ost hängt aus Sicht der Wohnungsgenossenschaften und Verbände von einer Altschulden-Entlastung der Unternehmen ab. Bis 2016 müssten weitere 200 000 Wohnungen im Osten «vom Markt genommen», also abgerissen werden, sagte Lutz Freitag, Präsident des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen am Dienstag in Leipzig. Auf diesen Wohnungen lasteten alte Schulden aus DDR-Zeiten. «Es ist niemandem zu erklären, warum er Wohnungen abreißen und auf den Schulden sitzenbleiben sollte», sagte Freitag. 800 Millionen Euro seien von Bund und Ländern für die Altschulden-Entlastung nötig.

Wohnungsleerstand weiterhin gravierendes Problem im Osten

23. Februar 2010



Der Wohnungsleerstand bleibt in Ostdeutschland nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen GdW auch in Zukunft ein gravierendes Problem. Noch immer stünden in den neuen Ländern eine Million Wohnungen leer, sagte der Präsident des Verbandes, Lutz Freitag, am Rande eines GdW-Stadtumbaukongresses am Dienstag in Leipzig. Diese Zahl könne sich in den nächsten Jahren wegen der Überalterung der Bevölkerung noch erhöhen, sagte er. Von der Bundesregierung verlangte der Verbandschef in diesem Zusammenhang eine Entlastung der Wohnungsunternehmen von ihren Altschulden.

Dafür sei im Bundeshaushalt bisher noch kein Geld vorgesehen. Insgesamt belaufen sich die Altschulden aus DDR-Zeiten nach Angaben Freitags noch auf 800 Millionen Euro. «Die Verbände fordern die Politik auf, für die Entlastung von den Altschulden der ab 2010 bis 2016 abzureißenden Wohnungen ausreichende Haushaltsmittel bereitzustellen», sagte Freitag. In diesem Zeitraum müssten 200 000 Wohnungen zurückgebaut werden. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, müssten die Wohnungsunternehmen ihre Altschulden loswerden.

«Es geht hier um die Zukunft der Städte. Wenn wir nichts tun, haben wir bis 2020 fast 1,5 Millionen leerstehende Wohnungen», betonte der Beauftragte des GdW für die neuen Länder, Ronald Meißner. Bund und neue Länder müssten in ihren Haushalten 2010 bis 2016 jährlich mindestens 260 Millionen Euro für die Stadtumbauförderung zur Verfügung stellen.

Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost, das Ende 2009 ausgelaufen ist, haben die kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach den Worten Freitags 250 000 Wohnungen abreißen lassen. Dies sei wegen der starken Bevölkerungsabwanderung in den Westen notwendig gewesen. Künftig sei der Bevölkerungsschwund im Osten, der Freitag zufolge bis 2060 doppelt so hoch wie in Westdeutschland sein wird, das größere Problem. «Die allgemeine demografische Entwicklung findet hier im Zeitraffer statt», sagte Freitag. Die Wohnungsunternehmen müssten sich deshalb noch stärker als bisher dem altersgerechten Wohnen widmen.

na/ddp